



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Zur Geschichte der Preußischen Verwaltung im Regierungsbezirk Düsseldorf

Bammel, Adolf

Düsseldorf, 1912

20. Kunst

Nutzungsbedingungen

[urn:nbn:de:hbz:466:1-55577](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-55577)

Den gewerblichen Fortbildungsschulen hat der in den meisten Gemeinden durch Ortsstatute festgesetzte Schulzwang den größten Teil der jüngeren Handwerker und Arbeiter als Schüler zugeführt, und die Ausdehnung des Tagesunterrichts hat die Anstellung von etwa 80 hauptamtlichen Fortbildungsschullehrern ermöglicht, die größtenteils den praktischen gewerblichen Berufen entnommen wurden.

An 94 gewerblichen Fortbildungsschulen werden jetzt mehr als 35 000 Fortbildungsschüler von etwa 1500 Lehrern unterrichtet; von den letzteren sind drei Viertel Berufsschüler, ein Viertel gehört den praktischen Berufen an. Dazu treten noch die kaufmännischen und die ländlichen Fortbildungsschulen. Auch das Gedeihen der Fortbildungsschulen ist von den Zuschüssen des Staates abhängig gewesen, dessen Interesse an den Bildungsfortschritten und der staatsbürgerlichen Gesinnung der hier zum Schulunterrichte verpflichteten Massen jugendlicher Arbeiter allerdings klar zutage liegt.

Das Einkommensteuergesetz von 1891 hat seinen Zweck, das steuerfähige Einkommen durch Selbsteinschätzung mehr zu der Steuer heranzuziehen, im Düsseldorfer Bezirke in reichem Maße erfüllt. Die Zahl der Steuerpflichtigen stieg von rund 145 000 im Jahre 1891 auf rund 224 400 im folgenden Jahre und betrug 776 000 im Jahre 1910. Das Steuerfoll ging in den gleichen Jahren von 5 400 000 auf 11 800 000 bzw. 34 000 000 Mark hinaus. Die Ergänzungssteuer bringt jetzt fast 5 000 000 Mark auf, gleich etwa ein Zwölftel der preußischen Gesamtsumme, und die Gewerbesteuer einen etwas höheren Betrag.

18. Steuern

Die gleich der Gewerbesteuer nicht mehr für staatliche, sondern für kommunale Zwecke nach den bisherigen Grundsätzen veranlagte Gebäudesteuer ergab bei der Veranlagung von 1910 für rund 395 000 Gebäude rund 9 375 000 Mark und läßt, im Vergleich mit der jetzt vorausgehenden Veranlagung vom Jahre 1895 (rund 263 500 Gebäude und 3 791 000 Mark), außer der beträchtlichen Zunahme der Wohngebäude auch die bedeutende Steigerung der Mietwerte in dem dazwischenliegenden Zeitraume erkennen. Die alte Grundsteuer, die sich fast nur durch den Übergang zur Gebäudesteuer ändern kann, ist demgemäß geringer veranlagt (1 488 000 Mark im Jahre 1910 gegen 1 558 000 Mark im Jahre 1865), indem sie sich auf eine geringere Fläche (477 000 ha gegen 483 000 ha im Jahre 1865) erstreckt. Die Katasterarbeiten sind durch die stetigen Änderungen der Grundstücksgrenzen, besonders die häufigen Grundstücksteilungen derart vermehrt, daß im Regierungsbezirke jetzt 44 Katasterkontrolleure (gegen 14 im Jahre 1870) angestellt sind, wie denn auch der Regierung im Jahre 1908 der dritte Katasterinspektor überwiesen werden mußte.

Neben der Aufsicht über die Krankenkassen nimmt die Regierung an der Verwaltung des Arbeiterversicherungswesens insofern teil, als drei Regierungsräte ausschließlich und zwei im Nebenamte die Streitfachen des Düsseldorfer Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung zu entscheiden haben.

19. Schiedsgericht

Am Schlusse dieser Auslese soll noch an die freundlichen Beziehungen erinnert werden, welche von jeher durch das Kuratorium der Kunstakademie die Regierung mit der Düsseldorfer Kunstwelt verknüpft haben. Die Geschäfte des Kuratoriums erlangten fast politische Wichtigkeit, als im preußisch-bairischen Friedensvertrage von 1866 die Entscheidung der alten Streitfrage, ob die 1805 nach München überführte Düsseldorfer

20. Kunst

Gemäldegalerie, als dem Bergischen Lande gehörig, an Preußen auszuliefern sei, einem Schiedsgerichte überwiesen war. Durch Bekanntmachungen des Regierungs-Präsidenten in den Zeitungen wurde damals zur Beibringung von Beweismaterial für das bergische Landeseigentum aufgefordert und endlich ein sehr umfangliches Rechtsgutachten an das Ministerium erstattet. Die Gründung des Deutschen Reichs veranlaßte Preußen zum Verzicht auf seinen Anspruch, ehe noch das Schiedsgericht zusammengetreten war.

Wie bisher zur Erhaltung von Kunstdenkmälern, so hat die Regierung auf Grund eines kürzlich erlassenen Gesetzes auch zum Schutze geschichtlicher und schöner Landschafts- und Straßenbilder mitzuwirken. Der heimatliche Sinn, der das Grafenschloß an der Wupper bei Burg neuerstehen ließ, möge auch die heimische Landschaft und ihre Kultur behüten, zur Zeit, da der Kohlenbergbau vordringt in den sagenhaften Bereich der „mächt'gen Beste unten an dem Rheine“, von wo Siegfried zu den Burgunden zog!

Die alten
Regierungs-
gebäude.

Es ist noch der Gebäude zu gedenken, die der Regierung so lange als Arbeitsstätte gedient haben.

Der Bau des jetzigen Regierungsgebäudes ist in seinem älteren Teile als Kloster und Schule der Jesuiten auf einem vom Landesherrn geschenkten Grundstücke im Jahre 1625 begonnen, aber erst um 1655 vollendet worden; mit der 1622 bis 1629 erbauten Jesuiten- (oder Andreas-)Kirche bildet das alte Regierungsgebäude eine zusammenhängende, den viereckigen Hof einschließende Bauanlage. In dem an der Mühlenstraße gelegenen nördlichen Flügel befanden sich das Gymnasium der Jesuiten und die Akademie, wo katholisch-theologische, juristische und chirurgische Vorlesungen gehalten wurden; an die wissenschaftliche Tätigkeit des Ordens erinnert der viereckige „Sternwartenturm“, der sich über das Dach des Gebäudes allerdings nur wenig erhebt, aber mit dem fürstlichen Mausoleum und dem von zwei Türmen flankierten Kirchenchor ein wirksames Bild bietet. Die Jesuitenschule stand in Verbindung mit einem Schüler-Seminar, dessen Gebäude an der Stelle der Kunsthalle lag. Nach der Aufhebung des Jesuitenordens (1773) wurden im Jahre 1785 die bergischen Dikasterien, nämlich der Geheime Hofrat und die Hofkammer, in das westliche Hauptgebäude und den Südflügel verlegt, welche aus dieser Veranlassung damals umgebaut wurden; der Flügel an der Mühlenstraße diente weiter für Schulzwecke und zu Wohnungen für die als Kongregation fortbestehenden verminderten Jesuiten. Später (1802) wurden auch die Schulräume von den Exjesuiten geräumt, doch verblieben den Geistlichen noch einige nahe der Kirche gelegene Wohnungen, auch während der Fremdherrschaft, die hier das großherzoglich bergische Finanzministerium eingerichtet hatte.

Die preussische Regierung hat seit ihrer Errichtung dieses Haus innegehabt; auch das ihr damals unterstellte Landesarchiv war im Südflügel untergebracht und bekam bei seiner Erweiterung im Jahre 1832 noch die von den letzten Jesuiten damals verlassenen Wohnräume; es ist erst im Jahre 1875 in einen besonderen Neubau verlegt worden*.

* Dem allen Freunden der niederrheinischen Geschichte wohlbekannten Regierungsjekretär Scotli ist diese Nachbarschaft bei seinen verdienstvollen Sammlungen der Gesetze und Verordnungen von Cleve-Mark, Berg, Kurköln usw. zustatten gekommen.